



Martina Renner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Martina Renner, MdB, Eugen-Richter-Straße 44, 99085 Erfurt

Berlin/Erfurt/Weimar, 22.03.2018

Martina Renner, MdB
Eugen-Richter-Straße 44
99085 Erfurt
Telefon: +49 361-789 28 140
Fax: +49 361-789 18 141
martina.renner.ma04@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum:
Telefon: +49 30 227-7 4818
Fax: +49 30 227-7 6816
martina.renner@bundestag.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Freundinnen und Freunde,

vor sechs Monaten bin ich – Dank Eurer Hilfe und Eurer Stimmen – als Abgeordnete erneut in den Bundestag gewählt worden. Viele von Euch und Ihnen habe ich während des Wahlkampfes persönlich kennengelernt. Deshalb möchte ich diesen Brief mit einem Danke beginnen: Danke für Euer und Ihr Vertrauen, Danke für Euer und Ihr Engagement für eine solidarische Politik und eine gerechtere Gesellschaft!

Und auch Danke dafür, dass Ihr und Sie sich, trotz der massiven Mobilisierung von CDU über AfD bis hin zur NPD und Neonazi-Kameradschaften, nicht einschüchtern lassen. In dieser politisch sehr bewegten Zeit, die nahezu täglich erschreckende und schreckliche Nachrichten für uns alle bereit hält, werde ich mit aller Kraft versuchen, in Erfurt und Weimar ebenso wie im Bundestag für ein solidarisches und gerechtes Zusammenleben einzutreten: für mehr soziale Gerechtigkeit, für Menschenrechte und Teilhabe für alle, die hier leben.

Eine Kurzbilanz nach sechs Monaten im 19. Bundestag

Mit diesem Brief will ich Euch und Ihnen einen Überblick über meine ersten sechs Monate als gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Erfurt/Weimar geben – und einen kurzen Ausblick auf meine Pläne für das Jahr 2018. Für die Bundestagsfraktion der LINKEN bin ich Mitglied im Innenausschuss des Bundestages, Obfrau im Untersuchungsausschuss zum Breitscheidplatz-Anschlag, Sprecherin für antifaschistische Politik und Mitglied im Fraktionsarbeitskreis „Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung“.



Mit unseren 69 Bundestagsabgeordneten haben wir in den ersten sechs Monaten dieser Legislaturperiode mehr als 120 Kleine Anfragen, 39 Anträge und sieben Gesetzesentwürfe gestellt – z.B. für die verbindliche Einführung eines Lobbyregisters, für eine menschenrechtsbasierte und solidarische Asylpolitik der Europäischen Union und für eine Reduzierung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Wochenstunden.

Damit liegen wir im Vergleich der vier Oppositionsparteien bei parlamentarischen Anfragen und Initiativen an der Spitze. Auf den Anteil, den mein Team und ich an dieser guten Bilanz haben, bin ich stolz: 21 Kleine Anfragen, 12 schriftliche Fragen und drei mündliche Fragen haben wir innerhalb von 20 Wochen auf den Weg gebracht. Auf meiner Website www.martinarenner.de können Sie unsere Fragen und die Antworten der Bundesregierung darauf regelmäßig nachlesen.

Solidarität mit den Arbeitnehmer*innen von Siemens

Mehr soziale Gerechtigkeit ist und bleibt ein ganz wichtiges Thema für mich persönlich und für meine Fraktion. Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition lässt da leider nur wenig Gutes erwarten. Weder gibt es effektive Maßnahmen, um die Immobilienblase zu Gunsten von Gering- und Normalverdienern zu regulieren und günstigen Wohnraum zu schaffen, noch gibt es ein Ende der sachgrundlosen Befristungen oder gar endlich ein gerechtes Renten- und Gesundheitssystem. In Zeiten, in denen der neoliberale Rechtsruck alle sozialen Errungenschaften angreift und Menschen ohne Privilegien nach Herkunft gegeneinander ausgespielt werden sollen, trete ich für soziale Gerechtigkeit für alle, die hier leben ein – und hoffe auf Ihre und Eure weitere Unterstützung für eine gerechte Politik für alle.

Der geplante Verkauf des Erfurter Generatorenwerks von Siemens und die geplanten Schließungen der Standorte in Görlitz, Leipzig, Offenbach, Berlin und Mülheim bewegen mich ebenso, wie viele von Euch und Ihnen. Gemeinsam mit der IG Metall und vielen anderen habe ich mich an Demonstrationen und Mahnwachen der Beschäftigten beteiligt.





Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hatte am 11. Dezember 2017 einen eigenen Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht – den „Entwurf eines Gesetzes zum Verbot von Massenentlassungen in profitablen Unternehmen und zur Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten bei strategischen Unternehmensentscheidungen“. Siemens ist mit einem Gewinn von mehr als 6 Milliarden Euro ein hochprofitables Unternehmen. Auch die traditionsreiche Kraftwerkssparte hat zu diesem Gewinn beigetragen. Trotzdem will die Konzernleitung 6.900 von 30.000 Beschäftigten in dieser Sparte auf die Straße setzen. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE und ich erwarten deshalb von Siemens, dass alle betriebsbedingten Kündigungen und Werksschließungen unterbleiben, so wie es mit der IG Metall vereinbart wurde. Es darf nicht sein, dass das viel beschworene Unternehmerrisiko allein den Beschäftigten aufgebürdet wird. Ich hoffe sehr, dass Bodo Ramelows Initiativen auf Bundesebene und die sichtbare und lautstarke Solidarität mit den betroffenen Mitarbeiter*innen dazu führen wird, dass eine Standortschließung in Erfurt verhindert werden kann.

Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete beenden

Gemeinsam mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE. setze ich mich für ein vollständiges Verbot von Rüstungsexporten in Krisen- und Kriegsgebiete ein, denn im Innenausschuss bin ich auch für das Thema Waffenrecht zuständig und weiß daher, wie verheerend schon der Einsatz und die Verbreitung von Kleinwaffen sein kann. Unser Ziel – sei es in der Ukraine, in Syrien und der Türkei – ist der Schutz des Völkerrechts- und ganz dringend eine funktionierende Rüstungsexportkontrolle auch bei Kleinwaffen. Besonders wichtig ist mir dabei, dass die Waffenexporte an das Regime von Präsident Erdogan in der Türkei endlich komplett unterbunden werden und die Bundesregierung ihren fatalen Pakt mit Erdogan – Waffenexporte als Gegenleistung für geschlossene Grenzen nach Europa und die Freilassung einiger weniger deutscher Journalist*innen und Menschenrechtler aus türkischer Geiselhaft – endlich beendet. Hier braucht es sehr anhaltenden Widerstand, um dafür zu sorgen, dass der Wunschzettel des Erdogan-Regimes – angefangen mit der Nachrüstung der Leopard-Panzer, die bei den völkerrechtswidrigen Angriffen auf die kurdische Autonomieregion Rojava und Afrin eingesetzt werden – nicht durch die Große Koalition abgesegnet wird. Dies gilt auch für weitere deutsche Waffenlieferungen an Saudi Arabien, das immer noch im Jemen Krieg führt, und für die deutschen Exporte von Kleinwaffen, die zuletzt massiv in die Höhe geschneit sind. Als Waffenrechtsbeauftragte der Linksfraktion im Innenausschuss geht es mir – ohne die berechtigten Interessen von Sportschützen und Jägern in Frage zu stellen – darum, den privaten Waffenbesitz in Deutschland wirksam zu kontrollieren und die wachsende Zahl von Waffen in der Hand einer fast gleichbleibenden Anzahl von Berechtigten kritisch zu hinterfragen.



Rechten Terror und rassistische Gewalt weiter aufklären

Darüber hinaus setze ich mich im Innenausschuss insbesondere für die weitere parlamentarische Aufklärung von rechtsterroristischen Gewalttaten und des NSU-Komplexes ein. Denn die Angehörigen der NSU-Mordopfer und die Verletzten der NSU-Sprengstoffanschläge sowie deren Nebenklagevertreter*innen mahnen in der Schlussphase des Prozesses am Oberlandesgericht München zu Recht: Es darf keinen Schlusstrich unter die Aufklärung im NSU-Komplex geben.

Auch hier bewährt sich die gute Zusammenarbeit zwischen der Thüringer Landtagsfraktion DER LINKEN und der Bundestagsfraktion. Nachdem der Thüringer Landtag – auch Dank des unermüdlichen Einsatzes von Katharina König-Preuss einen zweiten Untersuchungsausschuss zum NSU eingesetzt hat, wird deutlich, wie viele wichtige Fragen noch parlamentarischer Aufklärung bedürfen. Dies gilt im Übrigen auch für weitere Netzwerke von militanten Neonazis – wie beispielsweise im Verfahren wegen des Angriffs auf die Ballstädter Kirmesgesellschaft durch militante Neonazis deutlich wurde, aber auch beim Oktoberfestattentat und dem Anschlag auf eine Gruppe jüdischer Emigrant*innen in Düsseldorf-Wehrhahn. In allen Fällen kann parlamentarische Aufklärung ein wichtiger Baustein sein, um die Fragen nach staatlicher Mitverantwortung zu beantworten. Und natürlich ist die anhaltende Mobilisierung von Neonazis gegen Flüchtlingsheime, gegen antifaschistisch und bei der LINKEN Engagierte ein Thema, das ich sowohl im Wahlkreis als auch durch zahlreiche parlamentarische Anfragen konkret bearbeite.



Deshalb sind die hohe Anzahl rassistischer Gewalttaten und die Reaktionen von Polizei und Justiz darauf sowie auf die zunehmenden Waffenfunde bei Aktivisten der extremen Rechten und der Reichsbürgerbewegung auch ein wichtiger Schwerpunkt meiner parlamentarischen Anfragen – ebenso wie der staatliche Umgang mit RechtsRock-Konzerten wie in Thamar und die Existenz aktueller rechtsterroristischer Strukturen.



Denn ich weiß aus eigener Erfahrung im Wahlkreis und bei zahlreichen Veranstaltungen und Bürgergesprächen, wie sehr die wachsende rechte Bedrohung und rassistische Alltagsgewalt viele von Ihnen und Euch bewegen und beunruhigen.

Darüber hinaus bringe ich seit Anfang März 2018 als Obfrau der Linksfraktion im neuen Untersuchungsausschuss zum dschihadistischen Anschlag auf dem Breitscheidplatz in Berlin meine Erfahrungen aus den vorherigen Untersuchungsausschüssen zum BND/NSA-Skandal und zum NSU-Komplex ein. Ich habe mir vorgenommen, die Forderung der Angehörigen nach rückhaltloser Aufklärung auch in diesem Fall zum Leitprinzip meiner parlamentarischen Arbeit zu machen. Denn aus dem NSU-Prozess, den ich in den vergangenen Monaten mehrfach besucht habe, weiß ich, wie quälend für die Angehörigen und hinterbliebenen Familien die vielen immer noch offenen Fragen nach staatlicher Mitverantwortung und nach zurückgehaltenem Wissen staatlicher Akteure sind.

Und wie geht es nun in 2018 weiter für DIE LINKE im Bundestag?

- Wir wollen klare Regeln beim Datenschutz und gegen Geheimdienste. Die flächendeckende Schnüffelei, das kommerzielle Sammeln und der Verkauf persönlicher Daten sind nicht hinnehmbar.
- Wir wollen eine gute Pflege für alle, die sie benötigen, endlich genügend Pflegekräfte und eine faire Bezahlung, von der alle Arbeitnehmer*innen in der Pflege profitieren
- Wir wollen weltweit Lohn-, Sozial- und Umweltdumping verhindern und Unternehmen für ihr Verhalten zur Rechenschaft ziehen.
- Wir wollen einen echten Schutz von Mieter*innen und ein Ende der Spekulation mit Wohnraum sowie effektive Regulierungen der Immobilienbranche. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht, das umfassend geschützt werden muss.
- Wir wollen Waffenexporte verbieten, Kriege beenden und die Entwicklung der Länder des globalen Südens fair und gerecht ermöglichen.

Veranstaltungen im Frühjahr 2018 im Wahlkreis

Sehr herzlich möchte ich Euch/Sie zu den folgenden Veranstaltungen einladen, die ich mitorganisiere und unterstütze:

Veranstaltung und Lesung: „Staatsanwaltschaftlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt“ am 3. Mai 2018 um 19 Uhr in der Kleinen Synagoge, An der Stadtmünze 4-5 in Erfurt, mit der Sozialwissenschaftlerin Isabella Greif, mit der ich über die Ergebnisse ihrer gleichnamigen Studie diskutieren werde.



Theater-Aufführung: „Inside AfD“ des Kölner Nö-Theaters am Montag, 7. Mai 2018 um 19.30 Uhr im Projekt Eins, Schützengasse 2 in Weimar. In „Inside AfD“ verbindet das preisgekrönte Kölner Ensemble des Nö-Theaters eine aktuelle Analyse der rechtsextremen AfD mit kurzweiligem Sprach-Witz, Slapsticks und einer spannenden Handlung.



Außerdem organisiert die Frankfurter Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. vom 21. Mai bis 2. Juni 2018 mit „Frieden geht!“ einen überparteilichen Staffellauf gegen Rüstungsexporte quer durch Deutschland. Die Wegstrecke von Oberndorf bis Berlin kann im Gehen und Joggen sowie als Halb- und Marathonlauf zurückgelegt werden. Der Staffellauf führt in Thüringen an Eisenach, Erfurt und Jena vorbei. Ich würde mich sehr freuen, Sie und Euch hier ebenfalls zu treffen.

Wir freuen uns aber auch über Themenwünsche und Anregungen per Mail oder telefonisch. Die Termine sind jeweils auf www.martinarenner.de zu finden.

Für heute bleibt mir noch, Ihnen und Euch erholsame Feiertage zu wünschen – und uns allen zu wünschen, dass das neue Jahr für Thüringen weiterhin viele erfolgreiche Initiativen der von Bodo Ramelow als Ministerpräsident geführten rot-rot-grünen Landesregierung bringen wird.

Herzlichst,

Eure und Ihre Martina Renner